

Ergänzende Teilnahmebedingungen der Freien Hansestadt Bremen

Für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen

1. Beauftragung von Nachunternehmern

Ergänzend zu Ziff. 7 der Formblätter 212 bzw. 212 EU (jeweils VHB Bund) gilt Folgendes:

1.1 Ziffer 7 schließt auch die Leistungen mit ein, auf die der Betrieb des Bieters nicht eingerichtet ist. Jede nachträgliche Übertragung von Leistungen, die der Bieter nicht bereits in seinem Angebot benannt hat, bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

1.2 Nachunternehmer sind alle Unternehmen, die der Bieter mit der teilweisen oder vollständigen Ausführung der Leistungen beauftragen will. Erfasst ist jede Beauftragung eines anderen Unternehmens und mit dem Bieter verbundener Unternehmen, unabhängig von Größe und Rechtsform (einschließlich Einzelunternehmer und Gesellschaften bürgerlichen Rechts) des Unternehmens.

1.3 Auf die besonderen Pflichten eines Auftragnehmers bei der Beauftragung von Nachunternehmern im Rahmen eines Bau- oder Dienstleistungsauftrages zur effektiven Durchsetzung der Vorschriften über den Mindestlohn und die Tariftreue nach Ziff. 3 der Formblätter 231HB bzw. 231HB-EU wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Unbedenklichkeitsbescheinigung (gilt nur für die Vergabe von Bauleistungen)

2.1 Auf Anforderung hat der Bieter eine auf ihn lautende Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, der er kraft Tarifbindung angehört, vorzulegen.

2.2 Beabsichtigt der Bieter, die Leistung teilweise oder vollständig durch Nachunternehmer ausführen zu lassen, so hat er auf Anforderung eine auf den Nachunternehmer lautende Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, der dieser Nachunternehmer kraft Tarifbindung angehört, vorzulegen.

2.3 Die Bescheinigung enthält mindestens die Zahl der zurzeit gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gibt Auskunft darüber, ob den Zahlungsverpflichtungen nachgekommen wurde. Ausländische Unternehmen haben eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

2.4 Fällt der Bieter bzw. Nachunternehmer nicht in den Anwendungsbereich eines Sozialkassentarifvertrages, ist dies durch formlose Eigenerklärung mitzuteilen.

3. Hinweis auf die Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG

2.1 Soweit das Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) zur Anwendung kommt, unterliegen Verträge der Daseinsvorsorge, Vergütungsverträge über die Erstellung von Gutachten ab einem Auftragswert von 5.000,- Euro und sonstige Verträge ab einem Auftragswert von 50.000,- Euro einer Veröffentlichungspflicht. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden die Verträge nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG vom Auftraggeber im zentralen elektronischen Informationsregister veröffentlicht.

2.2 Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann ein Vertrag auch Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein.

4. Hinweis zur Verarbeitung personenbezogener Daten

4.1 Der öffentliche Auftraggeber benötigt zur Bewertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten sowie zur Feststellung der Eignung eines Bieters¹ Informationen, die – je nach Auftragsgegenstand – auch personenbezogene Daten enthalten können. Angaben des Bieters zu personenbezogenen Daten sind grundsätzlich freiwillig.

4.2 Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nach Maßgabe der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG).

4.3 Der Bieter erteilt mit Übermittlung eigener personenbezogener Daten seine Einwilligung in die Verarbeitung selbiger durch den öffentlichen Auftraggeber. Personenbezogene Daten Dritter (z.B. Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer, Nachunternehmer und Referenzgeber) übermittelt der Bieter nur mit Einwilligung des jeweiligen Dritten.

4.4 Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen. Eine aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt jedoch rechtmäßig (Art. 7 Absatz 3 DS-GVO).

4.5 Erhält der öffentliche Auftraggeber die abgefragten Daten nicht, oder wird eine erteilte Einwilligung widerrufen, kann dies zur Ablehnung des Teilnahmeantrags oder zum Ausschluss des Bieters führen.

¹ gilt für Bewerber entsprechend.